

Resolution

Arbeit in der Transformation sichern: Die Menschen stark machen für die Arbeit von morgen. Damit die Zukunft allen gehört.

Die Welt verändert sich, wir alle erleben den Wandel tagtäglich. Die SPD-Bundestagsfraktion arbeitet dafür, dass alle mit Zuversicht auf morgen schauen können und niemand den Wandel fürchten muss.

Das kommende Jahrzehnt wird zur einem **Jahrzehnt der Transformation**. Klimawandel, Digitalisierung, technologischer Wandel, Demografie und gesellschaftlicher Wertewandel verändern unser Leben und unsere Arbeit. Neu an dieser Transformation ist, wie schnell und tiefgreifend sie erfolgt. Wenn auch viele Menschen ihre heutige Situation positiv beurteilen, so wachsen spürbar die **Sorgen und Ängste** hinsichtlich ihrer eigenen Zukunft.

Der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands basiert sowohl auf unserer **industriellen Stärke**, Innovationskraft und internationalen Wettbewerbsfähigkeit, wie auf einer starken Sozialpartnerschaft, betrieblicher **Mitbestimmung** und nicht zuletzt hervorragend qualifizierten Facharbeiterinnen und Facharbeitern. Die Menschen erwarten, dass wir unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erneuern und den Wandel sozial und ökologisch gestalten - das gilt für Unternehmen, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ebenso wie für die Politik. Das haben Ende Juni dieses Jahres mehr als 50.000 Menschen bei der #FairWandel-Kundgebung der IG Metall deutlich gemacht. Sie sind für eine gerechte Transformation der Arbeitswelt auf die Straße gegangen, damit aus technischem Fortschritt auch sozialer und ökologischer Fortschritt für alle wird.

Den Wandel sozial gestalten und dabei Ökonomie und Ökologie mit Sozialem vereinen, damit alle profitieren - das ist der Auftrag **sozialdemokratischer, progressiver Politik**. Wir wollen gestalten, denn die Transformation ist kein schicksalhaftes Naturereignis, bei dem Gewinner und Verlierer von Anfang an feststehen. Gemeinsam wird es uns gelingen, unsere wirtschaftliche Entwicklung genauso wie den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den Glauben an unsere Demokratie und ihre Institutionen zu stärken.

Wir bleiben eine Arbeitsgesellschaft

Deutschland ist und bleibt eine Arbeitsgesellschaft. Die SPD weiß um den Wert der Arbeit. Deshalb ist unsere Antwort darauf das „Recht auf Arbeit“. Das bedeutet, dass sich die Solidargemeinschaft dazu verpflichtet, sich um jeden Einzelnen zu kümmern und jedem Arbeit und Teilhabe zu ermöglichen – statt sich durch ein bedingungsloses Grundeinkommen von dieser Verantwortung zu befreien. Der Sozialstaat soll hierbei als Partner für die Beschäftigten fungieren.

Arbeit ist für uns nicht nur Basis für ein Einkommen, mit dem der Lebensunterhalt zu bestreiten ist. Arbeit ist ein wichtiger Baustein für die individuelle Selbstverwirklichung und ein Weg zu einem

selbstbestimmten Leben. Deshalb kämpft die Sozialdemokratie für eine starke Sozialpartnerschaft, um anständige Löhne und gute Arbeitsbedingungen zu sichern, für ein effektives Arbeitsrecht, einen wirksamen Arbeitsschutz und nicht zuletzt für eine passgenaue Förderung für alle, damit sie ihre eigene Zukunft durch Qualifizierung sowie Fort- und Weiterbildung erfolgreich selbst in die Hand nehmen können. Und wir kämpfen für den sozialen Schutz von unterschiedlichen und neuen Formen der Erwerbsarbeit, deshalb wollen wir z.B. auch Selbstständige in die Rentenversicherung aufnehmen.

Die Arbeit wird uns sicher nicht ausgehen. Aber sie wird sich verändern. Technologischer Wandel, Digitalisierung im Allgemeinen und Anwendungen künstlicher Intelligenz werden dazu führen, dass Tätigkeiten wegfallen und völlig neue Tätigkeiten entstehen. Gleichzeitig werden sich bestehende Tätigkeiten verändern und das immer schneller. Unser Ziel ist, die Beschäftigten von heute dafür zu qualifizieren, **die Arbeit von morgen zu machen.** Dazu müssen wir auch die Ausbildungsinhalte in Schulen, Betrieben und Universitäten verändern und an die Anforderungen des technologischen Wandels und der Digitalisierung anpassen.

Eine Qualifizierungsoffensive für Deutschland

Veränderungen mutig und zuversichtlich anzugehen, das ist unser Weg. Ein **wichtiger Schritt** ist eine **Qualifizierungsoffensive** für Deutschland. Wir wollen schnell, flexibel und unbürokratisch **Weiterbildungsförderung** für die **Beschäftigten** und für die **Unternehmen** organisieren. Denn Wissen und Können der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bleiben der Schlüssel sowohl für ein selbstbestimmtes Leben und soziale Teilhabe als auch für unseren wirtschaftlichen Erfolg insgesamt. Im Wandel müssen sich Unternehmen neu aufstellen, ihre Geschäftsmodelle, Produkte oder Dienste umstellen. Bei diesen Veränderungen wollen wir sie unterstützen. Die **Qualifizierungsoffensive** haben wir bereits erfolgreich **begonnen**, aber uns **stehen noch entscheidende Schritte bevor.** Bereits im ersten Jahr dieser Koalition hat die Sozialdemokratie wichtige Weichen für eine zeitgemäße Fachkräftestrategie und die Stärkung der Weiterbildung gestellt.

Das **Qualifizierungschancengesetz** - seit 1.1.2019 in Kraft - ist ein erster wichtiger Durchbruch: Wir verbessern die Weiterbildungsförderung für beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die vom Strukturwandel betroffen sind. Je nach Betriebsgröße erhalten Beschäftigte bis zu 100 Prozent ihrer Weiterbildungskosten und bis zu 75 Prozent des Einkommens als Zuschuss. Wir wollen Chancen schaffen, damit Beschäftigte und Arbeitgeber auf die Unwägbarkeiten des Wandels direkt reagieren können. Das sorgt für Sicherheit und Vertrauen im Wandel.

Mit der **Nationalen Weiterbildungsstrategie** haben wir einen umfassenden Rahmen für eine neue Weiterbildungskultur geschaffen. Sie enthält viele Verbesserungen bei der Weiterbildungsberatung und -förderung. Und wir sorgen für die rund 2,1 Mio. jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss dafür, dass sie einen Anspruch auf eine nachholende Berufsausbildung erhalten, die der Staat finanziert.

Außerdem haben wir mit dem **Fachkräfteeinwanderungsgesetz** einen Durchbruch bei der dringend benötigten Einwanderung von Fachkräften aus Drittstaaten erzielt. Damit können wir Fachkräfteeinwanderung bedarfsgerecht steuern, die Anerkennung von Abschlüssen erleichtern, gezielte Strategien zur Fachkräftegewinnung entwickeln und Deutschlernen besser fördern.

Darüber hinaus brauchen wir neue Antworten, sowohl auf Ebene der Unternehmen wie auch auf der von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Wir wollen ihnen die Mittel an die Hand geben, die sie brauchen, um mit dem Wandel Schritt zu halten.

Unternehmen müssen sich in kurzer Zeit grundlegend neu aufstellen, um im Wandel weiter erfolgreich sein zu können. Deshalb wollen wir Betriebe, die frühzeitig und umfassend und gemeinsam mit der Beschäftigtenvertretung auf neue Anforderungen reagieren, mit **neuen Instrumenten** für die Qualifizierung und Weiterbildung unterstützen. Bei den neuen Herausforderungen handelt es sich nicht um klassische Kurzarbeit, da der Arbeitsausfall ja nicht vorübergehend sein wird und die Beschäftigten auch nicht den Betrieb verlassen sollen – etwa über eine Transfergesellschaft. Noch reicht das Qualifizierungschancengesetz aus, weil es allein auf individuelle Weiterbildungsperspektiven abstellt, die auch individuell angegangen werden müssen, und von daher auch keine Einbeziehung des Betriebsrats verlangt. Beide Aspekte sind aber wichtige Punkte für den Umbau eines größeren Betriebsteils im Sinne eines neuen Geschäftsmodells bzw. neuer Produkte und Dienste. Wir wollen bei der Gestaltung der **Arbeit von morgen** im Sinne einer gelebten Sozialpartnerschaft kollektives, weitsichtiges Handeln belohnen. Zugleich müssen wir ebenso für den Fall einer Eintrübung der konjunkturellen Entwicklung handlungsfähig sein und das arbeitsmarktpolitische Werkzeug für eine vorausschauende Arbeitsmarktpolitik schärfen und ausrichten. Die Kernforderungen unseres Arbeitsministers Hubertus Heil für ein „Arbeit-von-morgen-Gesetz“ benennen die notwendigen Schritte, die hier gegangen werden müssen.

Doch auch auf **individueller** Ebene müssen wir die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Wandel weiter stärken. Gerade wenn ihre Arbeit etwa durch die digitale Entwicklung ersetzt zu werden droht und der Arbeitgeber kurzfristig frühzeitige Weiterbildungen oder Umschulen ablehnt, müssen die betroffenen Beschäftigten handeln können. Sie brauchen eine **Qualifizierungsgarantie** für eine neue, zukunftsfähige Fortbildung oder eine neue Ausbildung. Nur dann gehen Einsatz und Können nicht verloren und sie haben eine neue Chance auf anerkannte Arbeit und soziale Teilhabe.

Wir brauchen neue Anstrengungen, um mit Qualifizierung und Weiterbildung arbeitssuchende Menschen wieder **schnell und nachhaltig in Arbeit zu bringen**. Wir dürfen gerade auch im Wandel nicht auf kurzfristige Vermittlung etwa in schlecht bezahlte oder nicht zukunftsfeste Arbeit setzen, sondern müssen die nachhaltige Erwerbsperspektive im Auge haben. Gleich, ob es Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld oder von Grundsicherungsleistungen sind, in beiden Fällen müssen nachhaltige Qualifizierung und Weiterbildung besser gefördert und mit einem Rechtsanspruch versehen werden. Die Obergrenze für Weiterbildungsmaßnahmen von 24 Monaten muss in beiden Fällen endlich

aufgehoben werden. Arbeitssuchende, die mutig eine größere Weiterbildung in Angriff nehmen, sollten direkt und unbürokratisch unterstützt und auch belohnt werden. Damit sich Menschen Weiterbildung auch leisten können, brauchen sie in dieser Zeit eine ausreichende finanzielle Unterstützung.

Insbesondere für die Beschäftigten mit einer einfachen Qualifikation werden wir aber auch **neue Beschäftigungsfelder entwickeln bzw. fördern** müssen. So bietet beispielsweise der Bereich der hausnahen Dienstleistungen noch deutliche Entwicklungsmöglichkeiten.

Für diejenigen, die trotz vielfältiger Unterstützung und Förderung keine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt finden, wollen wir den **Sozialen Arbeitsmarkt ausbauen und weiterentwickeln**. Es ist unsere Aufgabe dafür zu sorgen, dass Arbeit für alle vorhanden ist, um das Recht auf Arbeit mit Leben zu füllen.

Und nicht zuletzt verlangen die räumliche und zeitliche Entgrenzung von Arbeit sowie Phänomene wie Crowdfunding und Clickworking nach Anpassungen im Betriebsverfassungsgesetz. Wir brauchen verbindliche Mindeststandards für neue Formen der Arbeit und müssen dafür sorgen, dass Beschäftigung nicht an der bewährten Mitbestimmung vorbei organisiert wird. Daher müssen wir Möglichkeiten finden, den gesetzlichen Betriebsbegriff zu erweitern und den Belegschaftsbegriff anzupassen. Schutz müssen alle finden, die im Rahmen von Verträgen von nur einem Arbeitgeber oder Auftraggeber abhängig sind. Wir müssen die Mitbestimmung als das demokratische Prinzip und stabile Rückgrat der deutschen Wirtschaft stärken und die Unterdrückung von Mitbestimmung härter bestrafen.

Die Welt verändert sich – auch Politik muss sich ändern, um auf der Höhe der Zeit zu sein und den Wandel menschlich und sozial zu gestalten. Dazu gehören neben der Qualifizierungsoffensive mehr Sozialpartnerschaft und Tarifbindung für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen und mehr Zeitsouveränität für Beschäftigte, damit die Arbeit zum Leben passt. Dazu gehört auch ein unterstützender Sozialstaat, dem die Bürgerinnen und Bürger vertrauen und der das Leben im Wandel leichter und sicherer macht – ein Sozialstaat als Partner. Wir wollen Beschäftigte stark und fit machen für die Arbeit von morgen und ihnen Perspektive und Zuversicht geben. Damit bauen wir das Fundament für wirtschaftlichen Erfolg und sozialen Zusammenhalt in Deutschland.